



Nummer: 79/2011
den 14. Juni 2011

Mitglieder des Kreistags
und des Jugendhilfeausschusses
des Landkreises Esslingen

- Öffentlich
 Nichtöffentlich
 Nichtöffentlich bis zum
Abschluss der Vorberatung

- KT
 VFA
 ATU
 ATU/BA
 SOA
 KSA
 JHA 7. Juli 2011

Betreff: Kinder- und Jugendhilfe im demografischen Wandel
- Kreisanalyse zum Demografiebericht des Landesjugendamtes

Anlagen: 1

- Verfahrensgang: Einbringung zur späteren Beratung
 Vorberatung für den Kreistag
 Abschließender Beschluss im Ausschuss

BESCHLUSSANTRAG:

Kenntnisnahme

Auswirkungen auf den Haushalt:

Keine

Sachdarstellung:

Das Landesjugendamt des KVJS Baden-Württemberg hat einen Demografiebericht über die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Kinder- und Jugendhilfe vorgelegt. In der Sitzung wird Herr Dr. Ulrich Bürger die wesentlichen Erkenntnisse bezüglich des sich verändernden Bevölkerungsaufbaus bis 2060 und die besonderen volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Herausforderungen aufzeigen. Dabei geht er besonders auf die Handlungsbedarfe für junge Menschen und Familien ein.

In einer kreisvergleichenden Standortbestimmung für den Landkreis Esslingen innerhalb der 44 Stadt- und Landkreise in Baden-Württemberg werden die

Entwicklung der Altersgruppe der 0- unter 25-Jährigen bis zum Jahr 2025, ausgewählte Merkmale zu den materiellen Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen und die verschiedenen Felder der Kinder- und Jugendhilfe in den Blick genommen. Dabei geht der Bericht besonders auf die Kindertagesbetreuung, die Kinder- und Jugendarbeit und den Bildungsbereich ein, verbunden mit Handlungsoptionen und Empfehlungen.

Die Kreisanalyse zeigt auf, dass der Landkreis vor gravierenden Umbrüchen im Altersaufbau der Bevölkerung steht. Der Landkreis wird bei der Abnahme der 0- unter 21-Jährigen vergleichsweise geringer als andere Kreise betroffen sein und trotzdem bis 2025 etwa 15 % weniger junge Menschen haben. Der demografische Wandel wird, so der Bericht, verstärkt Interessenskonflikte mit sich bringen, wenn es um Fragen der Verteilung finanzieller Ressourcen gehen wird. Bei der Prioritätensetzung und in den Aushandlungsprozessen muss den Leistungen für Familien und Kinder ein besonderer Stellenwert eingeräumt werden, die als rückläufige Bevölkerungsgruppe an „Gewicht“ verlieren, gleichzeitig aber in ihrer Funktion für die Zukunftssicherung der Gemeinwesen eine bislang in diesem Maße noch nie dagewesene Bedeutung erlangen: „Kinder stellen eine zentrale Zukunftsinvestition dar.“

Der Kommunalverband für Jugend und Soziales macht in seinem Bericht deutlich, dass angesichts der demografischen Entwicklung insgesamt Kinder und Familien eine besondere bürgerschaftliche und politische Lobby brauchen, die ihre Belange neben den berechtigten Interessen anderer Bevölkerungsgruppen, z. B. der älteren Menschen über 65 Jahren und hochbetagten Menschen über 85 Jahren, vertritt. Der Bericht spricht sich für eine dringende Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit, mit Blick auf eine bedarfsgerechte Gestaltung der Angebote der Kindertagesbetreuung und bezogen auf die Pflege älterer Angehöriger aus.

Die dringende Notwendigkeit der Intensivierung einer frühzeitigen, umfassenden und breiten Förderung und Bildung aller jungen Menschen wird betont, die gebildet und integriert eine Chance auf gesellschaftliche Teilhabe, besonders nachdem der Anteil der Kinder aus bildungsfernen Familien und Familien mit Migrationshintergrund noch zunehmen wird. Kinder- und Familienfreundlichkeit und generationenübergreifend zu denken und zu handeln als Grundhaltung und Leitidee in der Ausgestaltung sozialer Infrastruktur, wird als wesentlicher Standort- und Zukunftsfaktor gesehen, der ganz entscheidend die Entwicklungsperspektiven der einzelnen Städte und Gemeinden mit beeinflussen wird.

Der Bericht beschreibt den Zeitraum bis 2020 als das „kritische Jahrzehnt“, wo noch Chancen von grundlegenden Steuerungen und Schwerpunktsetzungen für zukunftssichernde Investitionen in die nachwachsende Generation bestehen. Scheinbares Paradox ist, dass der demografische Wandel und der damit verbundene Rückgang der Zahl der jungen Menschen nicht weniger, sondern mehr Engagement und mehr Investitionen in Kinder und Familien erfordert. Je rascher und grundlegender dies umgesetzt wird, so das deutliche Fazit, wird über die Zukunftschancen von Kommunen, Landkreisen und Ländern entscheiden.

In Vertretung

Matthias Berg